

Lohndumping durch Leiharbeit

Leibeigene der Arbeitsagentur

Die Zentrale der Hamburger Arbeitsagentur bietet seit einigen Wochen ein ungewohntes Bild: mitten in der Behörde wurden Büros von privaten Zeitarbeits-Unternehmen eröffnet. Ganz offen kann man hier besichtigen, wie eng die Zusammenarbeit der Behörde mit jener Branche ist, die Gewinne mit dem Verleih von Billig-Arbeitskräften macht. Das Geschäft boomt. Die Wachstumsraten sind beträchtlich und zudem staatlich garantiert.

Die rot-grüne Koalition hatte mit dem sogenannten „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ den rechtlichen Rahmen für die massive Ausweitung der Zeitarbeit geschaffen. Schröder & Co haben z.B. die zeitliche Beschränkung der Verleihzeit von Arbeitern aufgehoben. Die Möglichkeiten, Zeitarbeit auszuweiten, wurden so erhöht.

Mit der Hartz-Gesetzgebung wurde der Zwang auf Erwerbslose erheblich verstärkt, jede Arbeit anzunehmen. Unter der Drohung der Streichung des Lebensunterhaltes hat man Arbeit anzunehmen, auch wenn der Lohn nicht zum Leben reicht. Für jede Menge Billig-Arbeitskräfte ist also gesorgt.

Damit die Zeitarbeits-Unternehmen die Billig-Löhner auch möglichst schnell und reibungslos ausnützen können, hat die ARGE jüngst einen Kooperationsvertrag mit den 15 größten Zeitarbeitsfirmen abgeschlossen. Um den Zugriff auf die Arbeitslosen zu verbessern, setzt die Arge jetzt direkte Ansprechpartner für die Zeitarbeitsfirmen ein. Die Zeitarbeitsfirmen erhalten Zugriff auf die Bewerberdaten und liefern möglichst detaillierte Profile ihrer Jobgesuche. Wer bei ihnen nicht spurt, wird sofort bei der ARGE denunziert und muss mit Sperrzeiten rechnen.

Leiharbeit: die staatlich geförderte Seuche

Mit der staatlich geförderten Leiharbeits-Branche ist ein Hebel entstanden, die „Besitzstände“ der Belegschaften anzugreifen und die Arbeitslosen noch perfekter gegen die Nochbeschäftigten auszuspielen.

Stammebelegschaften werden immer weiter reduziert und durch Billiglöhner ersetzt, die keine feste Betriebszugehörigkeit mehr besitzen und nach dem „Hire and Fire“-Prinzip jederzeit abrufbereit dastehen müssen - oder die bei Beschwerden über Zumutungen sofort wieder abgezogen werden können. Durch die Zergliederung der Belegschaft wird die dringend notwendige Organisierung gegen die

sich verschlechternden Arbeitsbedingungen und Löhne erschwert. So zeigt sich bei dem letzten Streik im Einzelhandel, dass dort Angestellte von Zeitarbeitsfirmen als Streikbrecher eingesetzt wurden.

Unternehmen entledigen sich mit dem Einsatz von Zeitarbeit der Kosten für die Bereitstellung von Arbeitskräften und leihen sich ihr Personal befristet aus. Indem Unternehmen exakt das Quantum Arbeit abrufen können, nach dem aktuell Bedarf besteht, werden Arbeitnehmer dem Bedarf der Unternehmen radikal unterworfen. Arbeitnehmer müssen intensiver arbeiten und auf Abruf antreten, wenn sie gebraucht

werden, und dann je nach Bedarf 20, 30 oder 60 Stunden arbeiten. Dazu haben sie durch gesonderte Tarifverträge ein schlechteres Einkommen. Die hat die DGB-Führung seinerzeit im Auftrag Schröders unterschrieben - damit nicht nur die Unternehmer satte Gewinne mit der Billig-Arbeit machen, sondern auch

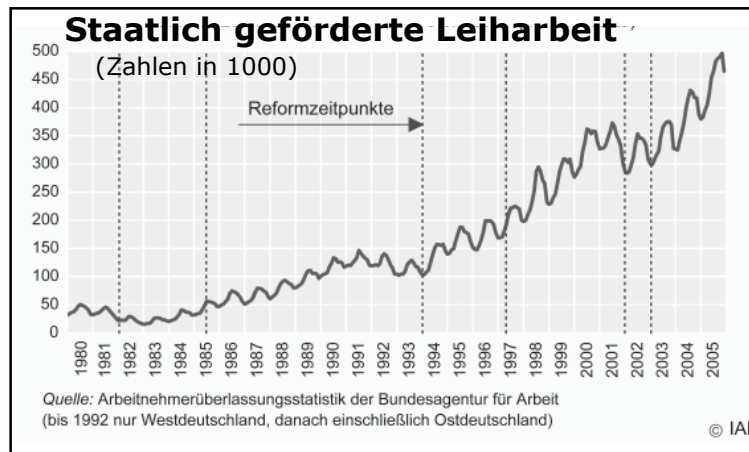
die Zeitarbeitsbranche. Die Durchschnittslöhne in der Zeitarbeit liegen so erheblich (30 % - 40 %) unter denen, die in der Gesamtwirtschaft gezahlt werden.

Dringend nötige Gegenmaßnahmen

Politikern und Unternehmern geht es bei ihren Reformen stets um die Senkung von Lohn- und Sozial-einkommen. Arbeitskämpfe, die sich z.B. im Einzelhandel oder bei der Bahn dagegen richten, müssen auch von außen unterstützt werden. Unser Sozialforum sieht in der Unterstützung von Streiks eine seiner Aufgaben.

Betriebsräte, die dem Einsatz von Leiharbeitern und 1-Euro-Kräften zustimmen, sind kein Grund zum Jamern. Solche Figuren müssen vielmehr entschlossen in den Gewerkschaften bekämpft werden. Mit der Sozialpartnerschaft der DGB-Gewerkschaften, bei der jede Forderung den Geschäftsinteressen der Unternehmer untergeordnet wird, muss Schluss gemacht werden.

Die permanente Senkung des Lebensstandards braucht den aktiven Widerstand aller Betroffenen - ob in der Zeitarbeit, ob in „Normal-Arbeit“ oder schon arbeitslos. Der maßlose Hunger nach Wirtschaftswachstum durch steigende Profite verursacht immer mehr Armut. Das erfordert die kompromisslose Organisierung des Widerstands durch die Leidtragenden dieser Politik. Dazu gibt es z.B. in Eimsbüttel unser Sozialforum.



sozialforum eimsbüttel

V.i.S.d.P: Andreas Schmidt, c/o MTZ, Lindenallee 72, 20375 Hamburg

www.sofe-eimsbuettel.de

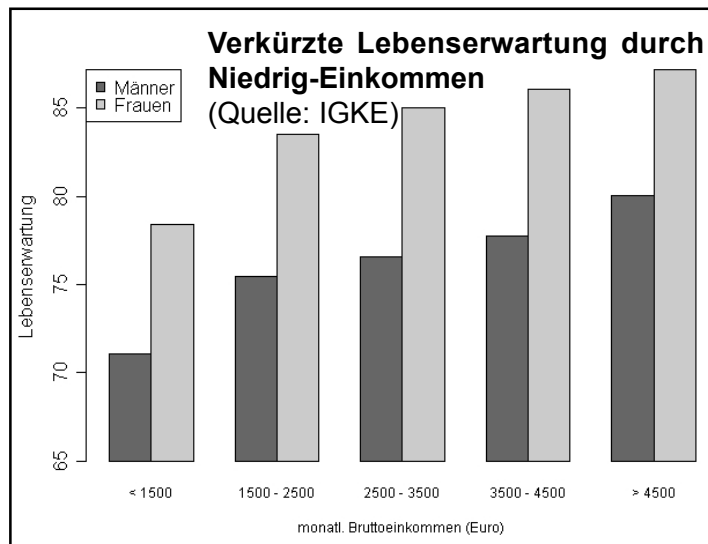
In Armut leben - früher sterben

Das Fünftel der Bevölkerung, das die niedrigsten Einkommen hat, stirbt fast zehn Jahre vor den 20% am oberen Ende der Einkommensskala. Die Gründe dafür sind bekannt.

- Bei Menschen mit niedrigen Einkommen handelt es sich, so behaupten Journalisten und Gesundheitsexperten, um eher „bildungsferne Schichten“. Und die, so heißt es, wären eben nicht so „gesundheitsbewußt“. Tatsächlich bietet die deutsche Zwei-Klassen-Medizin den ärmeren Bevölkerungsteilen nur „unbedingt notwendige“ Leistungen. Und was „unbedingt notwendig“ ist, wird von der Politik immer mehr zusammengestrichen. Arznei-Zuzahlungen und Praxisgebühr schließen zusätzlich Millionen von medizinischen Leistungen aus.
- Dass die Zustände in deutschen Pflegeheimen irgendwie „eine Schande“ sind, findet sogar die BILD-Zeitung. Ein Drittel der „Pflegefälle“ bekommt nicht genug zu essen oder zu trinken. Wie viele Todesopfer die Billig-Unterbringung fordert, hat das Blatt allerdings nicht berichtet. Das Bundesgesundheitsministerium hat zu dem Thema erklärt, dass die Zustände in vielen Pflegeheimen besser geworden wären. Das dürfte stimmen. Die unmenschliche Behandlung der Alten ist eben auch eine Frage der Klassenzugehörigkeit. Jeder Luxus-Senioren-Stift zeigt, dass es am Geld liegt.
- Dem Umweltbundesamt ist neuerdings aufgefallen, dass Leute mit Niedrig-Einkommen sich besonders in Gebieten mit hoher Umweltbelastung ansiedeln. Wer sich keine bessere Wohnung leisten kann, stirbt früher. Und wenn Hartz-IV-BezieherInnen nicht freiwillig in beschissene Billig-Wohnungen umziehen, hilft die Arbeitsagentur gerne mit Zwangs-Umzügen nach.
- Niedriglöhner „sind eher bereit, gesundheitlich riskante



Aktion an der St.Pauli-Kirche: „Ihr Reichtum ist unsere Armut! Weg mit Hartz IV“



Tätigkeiten zu übernehmen“. Das erklären Arbeitswissenschaftler in ihrer zynischen Sprache. Tatsächlich ist es ein Grundprinzip kapitalistischer Ausbeutung, dass ein Job um so mieser bezahlt wird, je mehr die Arbeit die Gesundheit zerstört. Wo sich niemand findet, der freiwillig für miesen Lohn seinen Körper ruiniert, da hilft die Erpressung der Arbeitsagentur nach. Auch wenn die Arbeitsplätze noch so gesundheitsschädlich sind: freie Stellen gelten in Deutschland als Skandal, nämlich als Beweis für die „Faulheit der Arbeitslosen.“

Dass Armut im reichen Deutschland längst tödliche Formen angenommen hat, ist kein öffentlicher Skandal. Niemand fordert, dass den zuständigen Politikerinnen das Handwerk gelegt wird.

Harte Strafen werden dagegen gefordert, wenn Erwerbslose nicht Arbeit um jeden Preis wollen. Zwangsmaßnahmen sollen dann noch mehr Druck ausüben. Denn die Leute, die man glatt zehn Jahre früher verrecken lässt, haben gefälligst jeden Tag ihres verkürzten Lebens einer „geregelten Beschäftigung“ nachzugehen, und sei es in „Beschäftigungsmaßnahmen“, die den Erwerbslosen aufgezwungen werden.

Ω

SUPPORT YOUR LOCAL SOCIAL FORUM

Das Sozialforum Eimsbüttel hat in den kommenden Monaten folgende Schwerpunkte:

- Gegen die 1-Euro- und Leiharbeitsbranche! Aktionen gegen HAB und ARGE.
- Streiks unterstützen! Z.B. durch Aktionen gegen Streikbrecher im Einzelhandel.
- Betroffene unterstützen! Damit sie z.B. keine Knebelverträge bei der ARGE unterschreiben.
- Niedriglohn-Ausbeutung bekämpfen! Aktionen gegen Firmen wie LIDL und Profiteure der 1-Euro-Zwangsarbeit.

Treffen jeden 2. Mittwoch um 20:00 im MTZ, Lindenallee 72 (Nähe U-Bahn Christuskirche). Nächste Treffen am 12.09., 26.09. und 10.10.

Mach mit, damit wir noch mehr machen können!



Aktion unseres Sozialforums beim Lokführer-Streik: „Ohne Streik geht nichts! Gegen HartzIV und Niedriglohn - 30% mehr für alle!“